










# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
	<a href="http://bit.ly/2uBPdZj">http://bit.ly/2uBPdZj</a>	<a href="http://bit.ly/2t9YRMq">http://bit.ly/2t9YRMq</a>	<a href="http://bit.ly/2uUgsGH">http://bit.ly/2uUgsGH</a>	<a href="http://bit.ly/2uUSIVb">http://bit.ly/2uUSIVb</a>	<a href="http://bit.ly/2f8bxi5">http://bit.ly/2f8bxi5</a>	
<p><b>Sicher in die Zukunft – Worauf es uns ankommt</b></p>	<p><b>Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.</b></p>	<p><b>Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit Zukunft sichern, Europa stärken</b></p>	<p><b>Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE.</b></p>	<p><b>Zukunft wird aus Mut gemacht</b></p>	<p><b>Schauen wir nicht länger zu.</b></p>	<p><b>Programm für Deutschland</b></p>
<p><b>Arbeit mit Perspektive</b></p>						
<p><b>Arbeitszeitsouveränität ermöglichen</b></p>	<p><b>Arbeitszeit:</b> Tarifpartner sollen im Rahmen von Tarifverträgen zusätzliche Spielräume für Flexibilisierung, wie sie die europäische Arbeitszeitrichtlinie eröffnet, bekommen (keine Erhöhung der Gesamt-Wochenarbeitszeit)</p> <p><b>Familien- und Lebensarbeitszeitkonten</b> mit mehr Spielraum für Familienzeit schaffen – mit den Tarifpartnern</p>	<p><b>Familienarbeitszeit und -geld:</b> wenn beide Eltern ihre Arbeitszeit partnerschaftlich aufteilen, bekommen sie das Familiengeld (150 Euro/Monat bei jeweils 75 bzw. 90 Prozent der jeweiligen Vollzeitarbeit, Zahlung bis zu 24 Monate)</p> <p><b>Wahlarbeitszeitgesetz:</b> Mehr Wahlmöglichkeiten bei der Arbeitszeit und dem Arbeitsort für Beschäftigte auf den Weg bringen (in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Unternehmen)</p> <p><b>Betriebsübergreifende Langzeitkonten</b> organisieren</p> <p>Pflege <b>Freistellung</b> von der Arbeit mit Lohnersatzleistung (bis zu 3 Monate ganz oder zum Teil Arbeitszeit reduzieren/ Höhe der Lohnersatzleistung wie Elterngeld)</p> <p><b>Familiengeld für Pflege</b> (150 Euro monatlich für Beschäftigte, die 75 bis 90</p>	<p>Keine Ausnahmen von der gesetzlich zulässigen <b>Tageshöchst Arbeitszeit</b> und erforderlichen <b>Ruhezeiten</b></p> <p><b>Nacht- Schicht- und Wochenendarbeit</b> streng regulieren, für Schichtarbeit gesundheitlich und sozial verträgliche Modelle verwirklichen</p> <p><b>Mindesturlaub</b> von 24 auf 30 Werktage anheben</p> <p><b>Betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz</b> verbessern</p> <p><b>Sabbatjahr</b> für alle</p> <p><b>Sechs-Stunden-Tag</b> ist genug, bei vollem Lohn und Personalausgleich</p> <p>Recht auf <b>Feierabend</b>, Reduzierung der wöchentlichen Höchst arbeitszeit auf 40h, stark begrenzte Ausnahmen</p>	<p><b>Flexible Vollzeit:</b> innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden <b>die persönliche Vollzeit</b> festlegen, mit Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Stundenzahl nach einer Phase der Teilzeit</p> <p><b>Kinderzeit Plus:</b> löst das Elterngeld ab und macht es rechtliche möglich auch nach dem 1. Geburtstag des Kindes phasenweise die Arbeitszeit zu reduzieren</p> <p>Flexibilitätszuschlag für alle, die an <b>Sonn- oder Feiertagen</b> arbeiten müssen (steuer- und sozialabgabefrei)</p>	<p><b>Langzeitkonten</b> für Arbeitszeit fördern, auch Wertguthaben- oder Zeitwertkonto: Verbreitung erweitern: unabhängig vom Arbeitgeber machen, bestehende Einschränkungen, etwas Kombination mit Elterngeld beseitigen.</p> <p>Mehr Flexibilisierung bei der Regulierung <b>Arbeitszeitgesetz</b>, indem bisherige Grenze der tatsächlichen <b>Höchst arbeitszeit</b> von acht bzw. zehn Stunden, sowie in den nicht sicherheitsrelevanten Bereichen die elfstündige <b>Ruhezeit</b> aufgehoben wird. Stattdessen nur die 48 Stunden wöchentliche Höchst arbeitszeit festzuschreiben.</p>	








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
		Prozent der jeweiligen regulären Vollzeit arbeiten)				
<b>Rückkehrrecht in Vollzeit</b>	<b>Teilzeit:</b> Rechtsanspruch auf Teilzeit erweitern um einen Rückkehranspruch in berufliche Vollzeit-Arbeit in Betrieben ab einer bestimmten Größe (befristete Teilzeit).	<b>Teilzeit- und Befristungsgesetz</b> reformieren – Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit	Recht auf <b>vorübergehende Arbeitszeitverkürzung</b> – mit Rückkehrrecht auf vorherige vertragliche Arbeitszeit.	<b>Rückkehrrecht</b> auf Vollzeit		
<b>Leiharbeit und Werkverträge</b>	Keine weitere Regelung <b>bei Zeit-, Leiharbeit und Werkverträgen</b> nötig	Weg in Richtung gleicher Lohn für gleiche Arbeit weitergehen: <b>Leiharbeit</b> soll ab dem ersten Tag genauso vergütet werden wie die Stammbesellschaft (Abweichungsmöglichkeit nur durch repräsentative Tarifverträge)  <b>Synchronisationsverbot</b> einführen  <b>Mitbestimmung der Betriebsräte</b> beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen ausbauen	<b>Leiharbeit abschaffen</b> , bis dahin bessere Bedingungen für Beschäftigte: gleicher Lohn wie Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage von 10 Prozent,  <b>Höchstüberlassungsdauer</b> 3 Monate, kein Austausch durch andere Leiharbeiter,  <b>Zustimmung durch den Betriebsrat</b> (auch bei Werkverträgen), Einhaltung der im Betrieb gültigen Tarifverträge,  <b>Beweislastumkehr</b> bei Werkverträgen	<b>Leiharbeit:</b> Equal Pay ab dem ersten Tag, plus Flexibilitätsprämie  Klare Abgrenzung von Werk- oder Dienstverträgen  <b>Scheinselbständigkeit:</b> Mit rechtssicheren Kriterien unterbinden	Keine weitere Einschränkung bei <b>Zeitarbeit</b> oder <b>Befristungen</b>  <b>Abbau überflüssiger Regulierungen</b> in der Zeitarbeit  Gesetzliche Vorschriften zur <b>Überlassungsdauer und Entlohnung</b> sollen geändert werden	<b>Gesetzliche Obergrenze</b> von 15 Prozent Beschäftigten mit Leih- und Werkverträgen in Unternehmen  <b>Leiharbeit</b> muss nach einer sechsmonatigen Beschäftigungszeit mit einer festen Anstellung gleichgestellt werden.
<b>Klare Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten</b>	-	<b>Rechtlichen Rahmen</b> für mobiles Arbeiten schaffen, mit dem Ziel, dass die Tarifpartner Vereinbarungen dazu treffen	<b>Homeoffice und mobiles Arbeiten:</b> Rechtsanspruch für Beschäftigte, jedoch freiwillig und mit verbindlichem tarifvertraglichem Schutz vor Überlastung und Stress  <b>Anti-Stress-Verordnung</b>  Individuelles Veto gegen <b>Überlastung</b> ,	Recht auf <b>Homeoffice</b> als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz	<b>Arbeitsstättenverordnung</b> Arbeitsschutz für Homeoffice-Arbeitsplätze entbürokratisieren	








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
<b>Recht auf Nicht-Erreichbarkeit</b>	-	<b>Ruhezeiten: Recht auf Nicht-Erreichbarkeit</b>	<b>Recht auf Nichterreichbarkeit</b> außerhalb der Arbeitszeit			
<b>Abschaffung sachgrundloser Befristungen</b>	<b>Unbefristete</b> nicht einfach durch <b>befristete Arbeitsverhältnisse</b> ersetzen: offenkundige Missstände abstellen	<b>Abschaffung sachgrundloser Befristung</b>  <b>Sachgründe</b> für Befristung einschränken  Möglichkeiten für <b>Kettenbefristungen</b> begrenzen	<b>Sachgrundlose Befristung abschaffen</b>  <b>Sachgründe</b> strikt beschränken  <b>Kettenbefristungen</b> verbieten  <b>Befristung</b> höchstens eine Jahr. Der zweite Arbeitsvertrag beim gleichen Arbeitgeber muss unbefristet sein.	<b>Sachgrundlose Befristung</b> abschaffen		
<b>Weiterbildung ausbauen</b>	<b>Nachqualifizierung</b> von jungen Menschen zwischen 25 und 35 Jahren ohne Abschluss  <b>„Nationale Weiterbildungsstrategie“</b> auflegen, erarbeitet gemeinsam mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und zuständigen Stellen	<b>Arbeitslosen-versicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln:</b> Umbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung  <b>Recht auf Weiterbildung:</b> Arbeitslose, die innerhalb von 3 Monaten keine neue Beschäftigung finden, sollen von der Bundesagentur für Arbeit ein Angebot auf eine Qualifizierungsmaßnahme erhalten  <b>Arbeitslosengeld Q</b> für die Dauer der Teilnahme an der Qualifizierungsmaßnahme (wird nicht auf das ALG angerechnet, Höhe entspricht dem ALG)	<b>Betriebliche Weiterbildung:</b> Arbeitgeber müssen Fortbildungsmaßnahmen, die im Interesse des Unternehmen sind, bezahlen.  <b>Recht auf Weiterbildung</b> und zeitweise Arbeitszeitreduzierung oder zeitlich begrenzte Auszeit.  <b>Bildungsteilzeit</b> mit einem teilweisen Lohnausgleich von mind. 70 Prozent des Nettogehalts und Sozialversicherungsbeiträge.  <b>Weiterbildungsfonds</b> , in den alle Unternehmen einer Branche einzahlen	<b>Arbeitslosenversicherung</b> zu einer Arbeitsversicherung weiter entwickeln  <b>Bildungszeit Plus:</b> Mix aus Zuschuss und Darlehen	Im Rahmen des bestehenden <b>Budgets der BA</b> Weiterbildung für alle Betreibe mit maximal 50 Prozent zu fördern – unbürokratisch, bedarfsgerecht und am Markt orientiert  <b>Lebenslanges Lernen:</b> Unterstützung innovativer <b>Bildungsplattformen</b> wie „Open University“, jeder Bürger soll dazu Zugang erhalten  <b>Bildungssparen:</b> für jeden Euro, der für Bildung zur Seite gelegt wird, gibt es einen staatlichen Zuschuss  <b>Zweite Chance – Unterstützung zum (Wieder-)Einstieg</b>	








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
		<p><b>Stipendien</b> für BerufsbildungsabsolventInnen verdoppeln</p> <p><b>Meisterbrief</b> soll Zulassungsqualifikation zum Masterstudium werden</p> <p><b>Meister-BAföG</b> weiterentwickeln und stärken</p> <p><b>BAföG-Plus</b> für Aus- und Weiterbildungsqualifizierung</p> <p><b>Weiterbildungsoffensive:</b> Rechtsanspruch und Freistellungsanspruch</p> <p><b>Nationale Weiterbildungskonferenz:</b> Abstimmen der Instrumente aufeinander, regionales Fachkräftemonitoring, Innovation- und Beratungszentren für Unternehmen zum Arbeiten 4.0 Digitale Kompetenzen einbauen</p>			<p>„Arbeitslosengeld Weiterbildung“ ist heute schon möglich</p>	
<p><b>Beschäftigtendatenschutz</b></p>	<p>Datengesetz, das den Zugang zu Daten für wirtschaftliche Zwecke regeln soll</p>	<p><b>Beschäftigtendatenschutzgesetz schaffen</b></p> <p><b>Daten-Ethikkommission</b> schaffen</p>	<p>-</p>	<p>Eigenständiger <b>Beschäftigtendatenschutz</b> vor umfassender Leistungskontrolle</p>	<p>Wo nicht-personenbezogene Daten in oder durch Maschinen erfasst und gespeichert werden, sollen Hersteller und Nutzer Recht zur Nutzung der Daten bekommen</p>	
<p><b>Tarifbindung stärken</b></p>						








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
<p><b>Politische Stärkung von Tarifverträgen</b></p>	<p>Gesetzliche Regelungen so ausgestalten, dass <b>zusätzliche Flexibilität, Spielräume und Experimentierräume</b> für Unternehmen entstehen, für die ein Tarifvertrag gilt oder angewendet wird, oder eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat erfolgt</p> <p>Zusätzliche Spielräume für Tarifpartner mit Tarifverträgen bei Arbeitszeitrecht</p>	<p>Gesetzlichen Weg der <b>Privilegierung von Tarifpartnerschaft</b> fortsetzen. Tarifgebundenen Betrieben mehr Gestaltungsmöglichkeiten als Betrieben ohne Tarifbildung geben</p>	<p>Umfassendes <b>Verbandsklagerecht</b> für Gewerkschaften für Einhaltung von Tarifverträgen und gesetzlichen Bestimmungen</p> <p><b>Streikrecht:</b> Rücknahme des Tarifeinheitsgesetzes, Ausweitung des Streikrechts: Solidaritätsstreiks mit Beschäftigten anderer Betriebe und Branchen und politische Streiks zur Durchsetzung sozialer Verbesserungen und zur Verteidigung der Demokratie und Frieden im Streikrecht einschließen (§160 SGB III abschaffen)</p>		-	
<p><b>Förderung der Tarifbindung</b></p>		<p><b>Kollektive Nachwirkung von Tarifverträgen</b>, etwa im Falle einer Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen bis zur Ablösung durch einen neuen Tarifvertrag</p> <p>Verstärker Einsatz von <b>Tariftreue-Regelungen</b> bei öffentlicher Auftragsvergabe</p> <p><b>Verbandsklagerecht</b> für Gewerkschaften einführen</p>	<p>Bei <b>Betriebsübergängen</b> in nicht-tarifgebundene Unternehmen und Auslagerungen müssen bisherige TVs in ihrer jeweils gültigen Fassung unbefristet geschützt bleiben und für Neueingestellte gelten.</p>		-	
<p><b>Allgemeinverbindlichkeits-erklärung von Tarifverträgen</b></p>		<p><b>AVE weiter verbessern</b> und Voraussetzungen präzisieren</p> <p><b>Rechtssicherheit der AVE</b> von Tarifverträgen auch rückwirkend gewährleisten</p>	<p><b>Abschaffung des Vetorechts</b> der Arbeitgeberseite gegen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen</p> <p>Tarifvertrag muss <b>allgemeinverbindlich</b> erklärt werden, wenn <b>ein Drittel</b> der</p>	<p><b>Einfachere Allgemeinverbindlichkeits-erklärung</b> von Tarifverträgen für alle Betriebe und Branchen</p>	-	








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
			<p>Beschäftigten der jeweiligen Branche von diesem TV erfasst werden.</p> <p>TV auf Antrag einer TV-Partei allgemeinverbindlich erklären, wenn die Absicherung des TV gegen die Folgen <b>wirtschaftlicher und sozialer Fehlentwicklungen</b> erforderlich ist.</p>			
<h2>Mitbestimmung ausbauen</h2>						
<p><b>Reichweite der betrieblichen Mitbestimmung erhöhen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>→ Vereinfachtes Wahlverfahren in Betrieben bis 100 Wahlberechtigte</li> <li>→ Gründung von Betriebsräten erleichtern</li> <li>→ Aktualisierung Betriebs- und Arbeitnehmerbegriff</li> </ul>	<p>-</p>	<p><b>Offizialdelikt Betriebsratsbehinderung</b> konsequent verfolgen und Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften</p> <p><b>Vereinfachung des Wahlverfahrens</b> und besonderer Kündigungsschutz für Betriebsratswahl-Initiatoren</p> <p>Mitbestimmungsrechte beim <b>Einsatz von Fremdbeschäftigung</b>, etwa Werkverträge, stärken</p> <p><b>Gewerkschaftliche Vertrauensleute</b> brauchen Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz</p>	<p><b>Crowd- und Cloud-Working</b> Begriffe Beschäftigte, Arbeitgeber und Betrieb neu anpassen, Schutzrechte und demokratische Mitbestimmung ausdehnen, Kommission einsetzen, EU-Rahmen schaffen</p> <p><b>Wahl von Betriebsräten erleichtern: vereinfachtes Wahlverfahren</b></p> <p>Betriebe mit mehr als fünf Beschäftigten ohne Betriebsrat müssen <b>jährliche Mitarbeiterversammlungen</b> durchführen, auf denen Gewerkschaften über das BetrVG informieren</p> <p><b>Kündigungsschutz auf alle Organe der Betriebsverfassung ausweiten</b> und ab dem Zeitpunkt der Bewerbung für</p>	<p>Betriebsräte besser schützen, ihre <b>Mitbestimmungsrechte ausbauen</b>.</p> <p>Für <b>Betriebsräte</b> soll es möglich werden, Betriebsvereinbarungen zu Vereinbarkeitsfragen zu verhandeln.</p>	<p>-</p>	








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
			<p>eine Betriebsratswahl von 12 auf 24 Monate verlängern</p> <p><b>Freistellungen</b> von Betriebsräten im Verhältnis zur Mitarbeiterzahl unter BetrVG § 38 deutlich anheben.</p> <p>Strafverfolgung bei <b>Union-Busting</b> erleichtern, schärfere Sanktionen gegen Arbeitgeber und Anwaltskanzleien, die sich auf die Verhinderung von gewerkschaftlicher Organisierung spezialisiert haben</p> <p>Verstöße gegen die Betriebsverfassung <b>strafrechtlich</b> stärker verfolgen, zentrales <b>Melderegister</b> schaffen</p> <p>Verpflichtung der Betriebsräte auf <b>Wahrung des Betriebsfriedens im Betriebsverfassungsgesetz abschaffen</b>. Zwingende Mitbestimmungs- und Vetorechte der Beschäftigten und der Betriebsräte in allen wirtschaftlichen Fragen, sowie Gestaltung der Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen</p> <p>Einrichtung einer staatlichen <b>Beschwerdestelle/Staatsanwaltschaften</b> für Straftatbestände aus dem Arbeitsrecht und</p>			

# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017








Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
			Betriebsverfassungsgesetz			
<p><b>Mitbestimmung für die digitale Arbeitswelt</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>→ <b>Mitbestimmung bei Weiterbildungsmaßnahmen</b></li> <li>→ <b>Mitbestimmung bei der Arbeitsorganisation</b></li> <li>→ <b>Mitbestimmung bei der Datenerhebung und -verarbeitung</b></li> </ul>	-	<p>Mehr <b>Mitwirkungsrechte bei Weiterbildung</b> und beruflicher Qualifizierung – Ausbau des bestehenden Vorschlags- und Beratungsrechts zur Sicherung und Förderung der Beschäftigung und durch ein generelles Initiativrecht auf die Einführung betrieblicher Berufsbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen</p> <p><b>Verringerung psychischer Belastungen</b> am Arbeitsplatz: Arbeitsschutzrecht um verbindliche Regelungen erweitern (Gefährdungsbeurteilung und Ausbau Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte)</p>	<p><b>2 Stunden/Monat während der Arbeitszeit für Beratung</b> über Fragen zur Arbeitsgestaltung und Arbeitszeit</p>	<p>Anpassung des <b>Arbeitsschutzes</b> an die digitale Arbeitswelt, betriebliche Mitbestimmungsrechte stärken.</p> <p>Auch die <b>Mitbestimmung</b> braucht ein Update. Wenn durch <b>Vertrauensarbeitszeit</b> ständig Mehrarbeit entsteht, sollen Betriebsräte ein Mitbestimmungsrecht über die Arbeitsmenge</p>	-	XXX
<p><b>Stärkung der Unternehmensmitbestimmung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>→ <b>Mitbestimmungsvermeidung verhindern</b></li> <li>→ <b>Reichweite der Unternehmensmitbestimmung erhöhen</b></li> <li>→ <b>Europäische Rahmenrichtlinie zur Mitbestimmung</b></li> </ul>		<p><b>Schwellenwert der paritätischen Mitbestimmung</b> auf 1.000 Beschäftigte senken (Beschäftigte jenseits der Kernbelegschaften systematisch bei Schwellenwerten für die Drittel- und die paritätische Mitbestimmung berücksichtigen)</p> <p>Deutsches Mitbestimmungsrecht auf <b>Unternehmen ausländischer Rechtsform</b> mit Sitz in Deutschland bzw. auf dt. Zweigniederlassungen erstrecken</p>	<p><b>Paritätische Mitbestimmung</b> in allen Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten</p> <p><b>Zustimmung des Aufsichtsrats</b> bei allen wichtigen Entscheidungen der Unternehmensführung mit vorheriger Belegschaftsabstimmung</p> <p>Unternehmensmitbestimmung muss ausnahmslos auf <b>internationale Unternehmen</b> mit Standortniederlassungen in Deutschland ausgeweitet werden</p>	<p>Absenkung des <b>Schwellenwertes</b> für die paritätische Unternehmensmitbestimmung auf 1.000 Beschäftigte.</p>	-	










# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
		<p><b>Schließung von Schlupflöchern, etwa bei der Europäischen Aktiengesellschaft (SE)</b> Mitbestimmung neu verhandeln; das Drittelbeteiligungsgesetz an die Regelungen zur Konzernanrechnung im Mitbestimmungsrecht und hinsichtlich der Erfassung der KapitalgesellschaftCo.KG mit Mitbestimmungsgesetz anpassen</p>				
<h2>In die Arbeitnehmermitte investieren</h2>						
<p><b>Arbeitnehmermitte bei der Einkommensteuer spürbar entlasten</b></p>	<p><b>Keine neuen Schulden</b> für den Bundeshaushalt</p> <p><b>Keine Steuererhöhungen</b>, keine Erhöhung der Steuerquote</p> <p><b>Solidaritätszuschlag</b> zur Einkommenssteuer für alle ab dem Jahr 2020 schrittweise schnellstmöglich abschaffen, in kommender Wahlperiode 4 Milliarde Euro</p> <p><b>Einkommensteuer</b> um 15 Mrd. Euro senken: „Mittelstandsbauch“ verringern</p> <p><b>Spitzensteuersatz</b> erst bei einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 60.000 Euro</p> <p><b>Finanztransaktionssteuer</b> einführen, in verstärkter</p>	<p>Abschaffung des <b>Solidaritätszuschlags</b> für untere und mittlere Einkommen (Entlastungsvolumen bei 10 Milliarden Euro)</p> <p>Restlichen Solidaritätszuschlag (bei sehr hohen Einkommen) stufenweise abschmelzen</p> <p><b>Einkommensteuer:</b> Entlastung bei Aufkommensneutralität: Grenze Spitzensteuersatz bei Singles heute von 54.000 Euro auf 60.000 Euro zu versteuern dem Einkommen</p> <p><b>Spitzensteuersatz</b> linear-progressiv auf 45 Prozent anheben (Singles ab 76.200 Euro/ Ehepaare ab 152.400 Euro)</p> <p>Erhöhung <b>Grundfreibetrag</b></p>	<p><b>Vermögenssteuer</b> ab einem Vermögen von einer Million Euro (Freistellung betriebsnotwendiges Vermögen von bis zu 5 Mio. Euro)</p> <p><b>Erbschaftsteuer:</b> Steuerschlupflöcher schließen, Erbschaftsteuer auf hohe Erbschaften erhöhen, Freistellung von Wohneigentum</p> <p><b>Einkommen</b> bis 12.600 Euro im Jahr steuerfrei stellen, Steuerverlauf abflachen, höhere Einkommen stärker besteuern (ab 70.000 Euro Steuersatz 53 Prozent)</p> <p>Zwei Stufen in der <b>Reichensteuer:</b> 60 Prozent aber der aktuellen Reichensteuergrenze von 260.533 Euro und 75 Prozent</p>	<p>Verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare <b>Vermögensteuer</b> für Superreiche</p> <p><b>Erbschaftsteuer:</b> sollte sie vom Bundesverfassungsgericht abermals scheitern, wird ein einfaches gerechtes Erbschaftsteuermodell entwickelt</p> <p><b>Einkommensteuer:</b> Erhöhung des Grundfreibetrags für kleinere und mittlere Einkommen und Spitzensteuersatz oberhalb von 100.000 Euro (Single-Haushalt) erhöhen</p> <p><b>Geringverdiener bei den Sozialabgaben entlasten</b></p>	<p><b>Entlastungsvolumen</b> von Mindestens 30 Mrd. Euro als Zielgröße</p> <p><b>Gesamtbelastungsgrenze</b> (max. 50 Prozent) für direkte Steuern und Sozialabgaben im Grundgesetz festschreiben</p> <p>Keine neuen Steuern einführen: <b>keine Vermögensteuer oder Finanztransaktionssteuer</b></p> <p><b>Einkommensteuer:</b> Tarif „nach rechts verschieben“, , Mittelstandsbauch abflachen,</p> <p>Splitting für Ehe- und Lebenspartnerschaften beibehalten</p> <p>zusätzliche <b>steuerliche Berücksichtigung von Leistungen im Haushalt</b> (besonders Pflege- und</p>	<p><b>Ehe-Start-Kredite</b> mit Teilerlassen für Kinder</p> <p>Einführung eines <b>Familiensplittings</b></p> <p>Reduzierung der <b>Steuer- und Abgabenquote:</b> Einführung einer allgemeinen <b>Abgabenbremse</b> (für Steuern, Beiträge und Gebühren)</p> <p><b>Obergrenze Abgabenquote</b> von 40 Prozent des BIP</p> <p>Progressives Steuersystem wird durch <b>Steuerstufen</b> abgelöst</p> <p>Anhebung <b>Grundfreibetrag</b></p> <p>Abschaffung der</p>








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
	<p>Zusammen-arbeit mit anderen EU-Staaten</p> <p><b>Erbschaftsteuer:</b> Keine Mehrbelastungen</p> <p>Ablehnung <b>Vermögensteuer</b></p> <p><b>Grunderwerbsteuer:</b> Freibeträge für Erwachsene und Kinder einführen</p>	<p><b>Reichensteuer:</b> Drei Prozent ab zu versteuerndes Einkommen für Ledige von 250.000 Euro</p> <p><b>Erbschaftsteuerreform:</b> Ausnahmen reduzieren</p> <p><b>Finanztransaktionsteuer</b> im Rahmen europäischer Kooperation mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigen Steuersätzen</p> <p>3 Milliarden Euro für schrittweise Abschaffung der <b>Kita-Gebühren</b> und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter</p> <p><b>Familienarbeitszeit</b> und <b>Familiengeld</b> von 300 Euro/Monat</p> <p><b>Familientarif:</b> für Zukunft Familientarif mit Kinderbonus einführen: jedes Elternteil soll künftig 150 Euro pro Kind von seiner Steuerlast abziehen/ auch Alleinerziehende</p> <p><b>Niedrige Einkommen:</b> Beitragsentlastung für ArbeitnehmerInnen, die zwischen 451 und 1.300 Euro verdienen (allmählicher Anstieg des Arbeitnehmerbeitrags in den Sozialversicherungen in dieser Zone, bei gleichzeitigen vollen Rentenansprüchen –</p>	<p>für Einkommen oberhalb von einer Million Euro zu versteuerndem Einkommen. Einkommen aus Kapitalerträgen nicht weiter bevorzugen, sondern wie alle Einkommen versteuern. Abgeltungssteuer von 25 Prozent abschaffen</p> <p><b>Ehegattensplitting</b> durch familienfreundliche Steuermodell ersetzen</p> <p>Steuerfreibeträge für <b>Abfindungen</b> wieder einführen</p>		<p>Betreuungsleistungen), für anfallende Kosten eine Steuerermäßigung von 50 statt 20 Prozent als Abzug von der Steuerschuld, steuerliche Absetzbarkeit von gesetzlichen Unterhaltsleistungen einführen</p> <p>„Tarif auf Rädern bei der <b>Kalten Progression</b>“: regelmäßige Anpassung des Tarifs inklusive Freibeträge, Freigrenzen und Pauschbeträge an der Inflation</p> <p><b>Solidaritätszuschlag</b> abschaffen, bis Ende 2019</p> <p>Keine Verschärfung der <b>Erbschaftsteuer</b></p> <p>Freibetrag bei <b>Grunderwerbsteuer</b> beim Erwerb von Wohneigentum (500.000 Euro)</p> <p>Abschaffung Steuerklasse V</p>	<p><b>Erbschaftsteuer</b> Ablehnung <b>Vermögensteuer</b></p> <p><b>Schuldentilgung</b> gesetzlich verbindlich regeln</p> <p><b>Erwerb von Wohneigentum</b> durch Familien mit zinslosen Darlehen, Zuschüssen und Erlass der Grunderwerbsteuer erleichtern.</p>








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
		Erstattung aus Haushaltsmitteln, um die vollen Leistungen bei Rente, Gesundheit, Pflege und Arbeitslosigkeit zu garantieren)				
<b>Pendlerpauschale zum Mobilitätsgeld weiterentwickeln</b>			Pendlerpauschale in <b>Mobilitätzulage</b> umwandeln			
<b>Höheres und gerechtes Kindergeld</b>	<b>Kinderfreibetrag</b> in zwei Schritten auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags angeben und <b>Kindergeld</b> entsprechend erhöhen: 1. Schritt Kindergeld um 25 Euro/Kind erhöhen, gleichzeitig Kinderfreibetrag erhöhen, 2. Schritt abhängig von der wirtschaftlichen Lage in der darauffolgenden Legislaturperiode  <b>Wohneigentum</b> für Familien: <b>Baukindergeld</b> i.H.v. 1.200 Euro/je Kind und Jahr (Zeitraum von 10 Jahren, gültig ab 1.7.2017)	Erweitertes <b>Kindergeld</b> : Kinderzuschlag für alle, für die er gedacht ist	<b>Kindergeld</b> für alle Kinder auf 328 Euro erhöhen	<b>Kindergeld-Bonus</b> : Eltern mit geringen Einkommen erhalten ihn in voller Höhe, bei höheren Einkommen wird er abgeschmolzen	Familien und Alleinerziehende entlasten, in dem der <b>Kinderfreibetrag</b> angehoben und die Betreuungskosten bis zum Höchstbetrag steuerlich voll absetzbar werden  Kindesbezogene Leistungen zu einem Kindergeld 2.0 zusammenfassen	Finanzielle Unterstützung für <b>Alleinerziehende</b> einschränken
<b>Kapitaleinkünfte wieder wie die Einkünfte aus Arbeit besteuern</b>	Pauschale <b>Abgeltungsteuer</b> durch individuelle Steuer ersetzen, soweit Kapitalerträge schon steuerlich vorbelastet sind, soll diese beim Anlegen nicht zu Nachteilen führen	<b>Abgeltungsteuer</b> abschaffen und Kapital wie Arbeit besteuern	Abschaffung der <b>Abgeltungssteuer</b> .	<b>Kapitalerträge</b> wie alle übrigen Einkünfte besteuern, dem normalen persönlichen Einkommensteuersatz unterlegen		
<b>Paritätische Finanzierung der Krankenversicherung</b>	Keine Änderungen  Ablehnung Einführung einer Bürgerversicherung	Entlastung bei <b>Sozialabgaben</b> : Wiedereinführung der paritätischen gesetzlichen Krankenversicherung	<b>Paritätische</b> Finanzierung wiederherstellen  <b>Zuzahlungen</b> abschaffen	Gesetzliche und private Krankenversicherung zu einer <b>BürgerInnenversicherung</b> weiterentwickeln: Alle	Keine Bürgerversicherung	<b>Paritätische Finanzierung</b> bei Gesundheit und Pflege  Finanzierung des


# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
	<p><b>Pflege:</b> Rückgriff auf Kinder im Pflegefall erst ab einem Einkommen i.H.v. 100.000 Euro</p>	<p><b>Paritätische Bürgerversicherung</b> schaffen: Einbeziehung aller erstmalig und bislang gesetzlich Versicherten, BeamtlInnen, Privatversicherte (freiwillig), Selbständige (einkommensabhängig)</p> <p>Abschaffung des <b>Zusatzbeitrages</b> der Versicherten</p>	<p><b>Solidarische Gesundheitsversicherung:</b> alle zahlen entsprechend ihres gesamten Einkommens ein, Beitragsbemessungsgrenze abschaffen, Beitragssatz dauerhaft unter 12 Prozent absenken (ohne Leistungskürzungen), private Vollversicherung abschaffen, auf Zusatzleistungen beschränken</p>	<p>BürgerInnen, auch Beamte, Selbständige und Gutverdienende beteiligen sich, auf Aktiengewinne und Kapitaleinkünfte werden ebenfalls Beiträge erhoben, Paritätische Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber</p> <p>keine <b>Zusatzbeiträge</b> für ArbeitnehmerInnen</p> <p>Keine Unterscheidung von privaten oder gesetzlich Versicherten bei <b>Arzthonoraren</b></p>		<p>Gesundheitswesens wird durch Kosten für <b>Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber</b> bedroht</p>
<h2>Die Rente muss den Lebensstandard sichern</h2>						
<p><b>Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus</b></p>	<p>Union steht zur großen Rentenreform von 2007: Rente mit 67 Jahren, Rentenniveau und Rentenbeiträge bis zum Jahr 2030 wie vorgehabt weiterverfolgen</p> <p><b>Rentenbeiträge</b> über 2020 hinaus stabil halten</p> <p><b>Erwerbsminderungsrente:</b> in nächster Wahlperiode weitere Verbesserungen durchsetzen</p> <p>Weiterentwicklung der Rente nach 2030 in einem partei- und fraktionsübergreifenden <b>gesellschaftlichen Konsens</b> unter Einbeziehung der Tarifpartner regeln</p> <p>Gesetzliche Rentenversicherung als zentraler Pfeiler der Altersvorsorge, daneben</p>	<p><b>Doppelte Haltelinie:</b> Gesetzlich festgelegtes <b>Rentenniveau</b> von mindestens <b>48 Prozent</b> und <b>Beitragssatz</b> von <b>22 Prozent</b></p> <p>Zusätzliche Steuermittel ab Mitte der 20er Jahre und Verbreiterung der Versichertenbasis</p> <p><b>Solidarrente:</b> Anspruchsberechtigt ist, wer 35 Jahre oder länger Beiträge gezahlt hat und /oder Kindererziehungs- und Pflegezeiten angerechnet bekommt, sofern kein umfangreiches sonstiges Einkommen im Haushalt vorhanden ist</p> <p><b>Einbeziehung von Selbständigen</b> in die Solidargemeinschaft der gesetzlichen</p>	<p><b>Rentenniveau</b> anheben (Sicherungsniveau der gRV auf <b>53 Prozent</b>)</p> <p><b>Solidarausgleich</b> für Niedriglohn: Zeiten niedriger Löhne ausgleichen „Rente nach Mindestentgeltpunkten“</p> <p><b>Ausbildungszeiten</b> rentenrechtlich besser anerkennen</p> <p>Zeiten der <b>Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege</b> besser absichern</p> <p>Für jedes <b>Kind 3</b> Entgeltpunkte auf dem Rentenkonto gutschreiben, staatlich finanziert</p> <p>Für <b>Freiwillige und unbezahlte Arbeit</b> von</p>	<p>Eine <b>Stabilisierung des Rentenniveaus</b> ist dringend notwendig, es darf nicht weiter fallen, es muss in eine angemessenen Verhältnis zum Beitragssatz stehen</p> <p><b>Garantierente</b> für alle, die den größten Teil ihres Lebens rentenversichert waren, gearbeitet, Kinder erzogen oder andere Menschen gepflegt haben, als Mindestniveau: steuerfinanziert, Höhe oberhalb der Grundsicherung, ohne Bedürftigkeitsprüfung, betriebliche und private AV nicht angerechnet</p> <p><b>Versicherungsfremde Leistungen in der gRV aus Steuern bezahlen</b></p> <p>Alle nicht anderweitig abgesicherten <b>Selbständigen</b> in die gRV einbeziehen, größere</p>	<p>Basisabsicherung für Selbständige mit Wahlfreiheit</p> <p><b>Freiwilliges Vorsorgekonto:</b> Für jede BürgerIn, übersichtliche Zusammenstellung wie viel Rente später aus allen 3 Säulen zusammenkommen</p> <p>Höhe der Rente berechnet sich anhand der durchschnittlichen <b>Lebenserwartung</b> der jeweiligen Generation und kann sich verändern (Jahrgangsindividueller Faktor)</p> <p>Keine politischen Eingriffe in die langfristige <b>Rentenformel</b>, auch eine sog. Rentengarantie</p> <p><b>Erwerbsminderungsrenten</b> stärken</p>	<p>Vorübergehend stärkere Mitfinanzierung aus Steuermitteln.</p> <p>Nach <b>45 Beitragsjahren</b> abschlagsfrei in Rente</p> <p><b>Migrationspolitik sofort beenden</b> und Geld in die Stabilisierung der Alterssicherung für deutsche Bevölkerung umleiten</p> <p><b>Versicherungsfremde Leistungen</b> ausgliedern oder über staatliche Transfers finanzieren</p> <p><b>Aufschlag auf die Grundsicherung</b> für Rentenansprüche durch Arbeit und Erziehungsleistung</p>








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
	<p><b>Betriebsrenten und private Vorsorge</b>, sollte sich vor 2030 aufgrund der Empfehlungen der Kommission Handlungsbedarf bei betrieblichen oder privaten Vorsorge ergeben, werden die notwendigen Maßnahmen ergriffen</p>	<p>Rentenversicherung, so wie nicht in einem Versorgungswerk abgesichert sind.</p> <p>Verbesserung <b>Erwerbsminderungsrente</b></p>	<p>BürgerInnen angemessene Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt</p> <p><b>Erwerbstätigenversicherung:</b> Einbeziehung PolitikerInnen, Selbständige, FreiberuflerInnen, BeamtInnen und ManagerInnen in die gRV, auch für Langzeitarbeitslose Beiträge in die Rentenkasse einzahlen</p> <p><b>Beitragsbemessungsgrenze</b> vereinheitlichen, dann in mehreren Schritten drastisch angeben, schließlich aufheben.</p> <p><b>Riester-Rente</b> in die gRV überführen: individuell erworbene Rentenansprüche freiwillig auf das persönliche Rentenkonto bei der Rentenversicherung übertragen</p> <p><b>Rente mit 67</b> Jahren zurücknehmen</p> <p>Jeder und jede muss spätestens <b>ab 65 Jahren abschlagsfrei</b> in Rente gehen dürfen.</p> <p>Nach 40 Jahren Beitragszahlungen auch Möglichkeit schaffen ab 60 Jahren in die Rente zu gehen. Perspektivisch Rente mit 60 Jahren für alle.</p>	<p>Beitragsflexibilität ermöglichen</p> <p>Erster Schritt in eine <b>Bürgerversicherung</b> und hierfür die nicht anderweitig abgesicherten Selbständigen, MinijobberInnen und Abgeordnete in die gRV einbeziehen, später auch FreiberuflerInnen und BeamtInnen einbeziehen, auch Langzeitarbeitslose wieder versichern</p> <p>Festhalten an der <b>Rente mit 67</b> Jahren</p> <p>Abschaffung der Abschläge bei der <b>Erwerbsminderungsrente</b></p>		








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
			<p><b>Erwerbsminderungsrente:</b> Zugang erleichtern, Abschläge für alle abschaffen, Zurechnungszeiten in einem Schritt von 62 auf 65 Jahre anheben.</p> <p><b>Ost-West-Rente:</b> sofortige Angleichung an das Westniveau, ohne zukünftige RentnerInnen zu benachteiligen</p> <p><b>Solidarische Mindestrente:</b> jeder, der weniger als 1.050 Euro Nettoeinkommen hat – als Zuschlag oder Vollbetrag (einkommens- und vermögensgeprüft, finanziert aus Steuern, deutlich höhere Vermögensfreibeträge)</p>			
<p><b>Förderung die betrieblichen Altersvorsorge</b></p>	<p>Betriebsrenten und private Altersvorsorge wichtig zur Verhinderung von Altersarmut</p>	<p><b>Betriebliche Altersvorsorge:</b> bisherigen Weg weitergehen</p> <p><b>Private Altersvorsorge:</b> Anhebung der Grundzulage und transparente, verständliche Produktinformationen, Standardprodukt soll ergänzend eingeführt werden</p>	<p><b>Kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge</b> und sog. „Zielrenten“ aus der Haftung zu entlassen, wird abgelehnt. Das gilt auch für den Verzicht auf Rentengarantien zugunsten einer reinen Beitragszusage.</p> <p><b>Arbeitgeber-finanzierte bAV ja,</b> Entgeltumwandlung als Alibi für sinkendes Rentenniveau nein, Doppelverbeitragung mit Krankenversicherungsbeiträgen beenden, Betriebsrenten dürfen nicht frei von Sozialabgaben sein.</p>	<p>Alle Arbeitgeber sollen künftig ihren Beschäftigten eine <b>Betriebsrente</b> anbieten und mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag unterstützen, Haftungsregeln für Kleinbetriebe (Ablehnung der Entgeltumwandlung)</p> <p><b>Private und betriebliche Altersvorsorge stärken:</b> <b>BürgerInnenfonds</b> in öffentlicher Verwaltung einführen</p>	<p>Betriebliche und private Altersvorsorge attraktiver machen: in allen Bereichen geförderte AV auch für Investitionen in Infrastruktur, Aktien und andere Unternehmensbeteiligungen</p> <p><b>Mitnahme</b> zwischen verschiedenen AV erleichtern wenn sich berufliche Situation ändert. Berufsständische Versorgungswerke und Gründung weiterer Versorgungswerke erhalten</p> <p><b>Betriebliche Altersvorsorge</b> Aktuelle Reform auf alle</p>	<p>Betriebsrente und private Altersvorsorge gesetzgeberisch stärken</p> <p>Steuerfreistellung der Ansparbeiträge verbunden mit <b>nachgelagerter Ertragsbesteuerung</b></p> <p>Zur Stärkung der zweiten und dritten Säule <b>aus der Eurozone austreten</b></p>








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
					<p>Beschäftigten aller Unternehmen ausweiten, keine doppelte Kranken- und Pflegeversicherungspflicht und für Riester-geförderte AV; dasselbe auch für die private AV</p> <p>Wartezeiten bei Arbeitgeberwechsel auf zwei Jahre beschränken, Arbeitgeber, die garantierte Direktzusagen geben, für die bestehenden Pensionsverpflichtungen entlasten, Abzinsungssatz von 10 auf 12 Jahre verlängern und Pensionsrückstellungen in der Handels- und Steuerbilanz vereinheitlichen</p> <p>Einkünfte aus privater und betrieblicher Altersvorsorge nur teilweise auf Grundsicherung um Alter anrechnen</p>	
<p><b>Flexible Übergänge in die Rente</b></p>		<p><b>Flexible Übergänge</b> fördern, die unterschiedliche berufliche Belastungen und Erwerbsverläufe berücksichtigen</p>		<p>Echte <b>Altersteilzeit</b> ab 60 Jahren, insbesondere für ArbeitnehmerInnen in belsenden Berufen</p> <p>Einfachere <b>Hinzuverdienstregeln</b> einführen für Menschen, die länger arbeiten wollen; Erleichtern Teilrente und Erwerbseinkommen zu kombinieren</p>	<p><b>Flexibler Übergang in den Ruhestand:</b></p> <p>Politisch festgelegtes Renteneintrittsalter und <b>Hinzuverdienstgrenzen</b> abschaffen</p> <p>Ab 60 Jahren entscheidet jeder selbst, wann er in Rente geht, Voraussetzung ist nur, dass das Einkommen aus gesetzlicher Rente und sonstiger Altersvorsorge über dem Grundsicherungsniveau liegt</p>	<p>Bezieher von Altersrenten sollen ohne Einschränkung einer <b>Beschäftigung</b> nachgehen können.</p> <p>Einkommen von <b>AN- und AG-Beiträgen</b> zur gRV freistellen.</p>

# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017








Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
<p><b>Gute Arbeit und gute Löhne für gute Rente</b></p>	<p><b>Entgelttransparenz-Gesetz</b> überprüfen und ggf. in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern weitere Schritte unternehmen</p>	<p>Entgelttransparenzgesetz zu <b>Entgeltgleichheitsgesetz</b> mit Verbandsklagerecht weiterentwickeln, KMU einbeziehen, Transparenz mit Hilfe umfassender Auskunftsansprüche, verpflichtendes Prüfverfahren der Entgeltstrukturen nach vorgegebenen Kriterien in Unternehmen ab 50 Beschäftigten</p>	<p>Verbindliches <b>Entgeltgleichheitsgesetz</b> und Lohnmessungsinstrumente</p>	<p><b>Entgeltgleichheitsgesetz</b> mit Lohncheck, Verpflichtung der TarifpartnerInnen und ArbeitgeberInnen tariflichen und nicht-tarifliche Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu überprüfen und Verbandsklagerecht</p>	<p>Entgeltgleichheitsgesetz ist zu bürokratisch, verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen einführen</p>	<p><b>Ablehnung von Quoten</b> und Antidiskriminierungsgesetzen</p> <p><b>Gender-Ideologie</b> marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern</p> <p>Ablehnung von Propagandaaktionen, wie <b>Equal Pay Day</b></p>
<p><b>Industriestandort Deutschland fit für die Zukunft machen</b></p>						
<p><b>Industrie den Rücken stärken</b></p>	<p>Volle Bandbreite an <b>Wertschöpfung</b> sichern: von Grundstoffindustrie über industrielle Produktion bis zu Dienstleistungen</p> <p>Deutschland soll zu den <b>Top 3</b> bei Forschung zu Krebs, Demenz und Infektionskrankheiten werden.</p>	<p><b>Industrielle Basis</b> stärken: breiten Wertschöpfungskette von der Grundstoffindustrie bis zum Endprodukt und den damit verbundenen Dienstleistungen sichern.</p> <p>Ablehnung gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft</p>	<p><b>Zukunftsfonds</b> für den Übergang zu sozialökologischer Industrie, Genossenschaften und Übernahme von Betrieben in kollektives Belegschaftseigentum und Gemeinwohl orientierte, regionale Wirtschaftsstrukturen</p> <p>Begrenzung <b>Arzneimittelpreise</b> per Gesetz</p> <p>Einfluss der <b>Pharmakonzerne</b> auf allen Ebenen zurückdrängen</p> <p><b>Schärferes Kartellrecht</b> für Strom-, Gas- und Mineralölkonzerne</p>	<p>Ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft</p>	<p><b>Industriepolitik:</b> Überbordende Auflagen und Beschränkungen belasten Deutschlands Schlüsselbranchen, energieintensive Industrien gehen Deutschland verloren</p> <p>Abschluss internationaler <b>Rohstoffpartnerschaften</b> Investitions- und Planungssicherheit schaffen mit Blick auf Gewinnung importierter und heimischer Bodenschätze</p>	<p>Austritt aus dem <b>Euroraum</b></p> <p>Wiedereinführung der <b>Deutschen Mark</b></p>
<p><b>Fachkräftebasis sichern / Ausbildung</b></p>	<p><b>Berufliche Bildung:</b> Weiter stärken und gemeinsam mit Ländern, Kammern und</p>	<p><b>Nationale Bildungsallianz:</b> Aufhebung Kooperationsverbot,</p>	<p><b>Ausbildung:</b> Recht auf vollqualifizierende gebührenfreie Ausbildung</p>	<p><b>Ausbildungsgarantie</b> Branchen- und regionsspezifische</p>	<p>Ausgaben für Bildung erhöhen, sodass Deutschland zu den fünf führenden Ländern in den 35</p>	<p><b>Grenzen</b> müssen umgehend geschlossen werden</p>










# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
	<p>Sozialpartnern das Modell „Höhere Berufsbildung“ etablieren</p> <p><b>Fachkräftezugang:</b> Es braucht ein Regelwerk zur Steuerung von Einwanderung in den Arbeitsmarkt „Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz“, keine Einwanderung in soziale Sicherungssysteme, illegale Einwanderung und Migration verringern</p> <p><b>Meisterbonus:</b> bei bestandener Meisterprüfung sollen angefallene Gebühren ganz oder teilweise erstattet werden können.</p> <p><b>Digitalpakt</b> für allgemeinbildende und berufliche Schulen</p>	<p>Investitionen in Berufsschulen</p> <p><b>Frauenquote</b> von 50 Prozent in Führungsgremien in der Privatwirtschaft, in Körperschaften öffentlichen Rechts und in den Sozialversicherungen und alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte</p> <p>Flächendeckend <b>Jugendberufsagenturen</b></p> <p><b>Ausbildungsgarantie</b></p> <p><b>Mindestausbildungsgütung</b> (Vorrang tariflicher Lösungen, besonders Allgemeinverbindlich-erklärungen)</p> <p>Investitionen in <b>Auszubildendenwohnheimen</b></p> <p><b>Übernahme</b> nach der Ausbildung: Ankündigungsfrist der Unternehmen einführen, wenn sie nicht übernehmen wollen</p> <p><b>„Allianz für Aus- und Weiterbildung“</b> von Gewerkschaften, Wirtschaft, Bund und Ländern fortführen</p> <p><b>Branchenbezogene Ausbildungsfonds</b> von Gewerkschaften und Arbeitgebern stärken</p> <p><b>Assistierte Ausbildung</b> bundesweit ausbauen,</p>	<p>Solidarische <b>Umlagefinanzierung</b></p> <p><b>Mindestausbildungsgütung</b>, Unterstützung der Gewerkschaften für bessere tarifliche Lösungen</p> <p><b>Berufsbildungsgesetz /BBiG</b> reformieren: Ausbildungsqualität und Rechtsanspruch in Mittelpunkt</p> <p><b>Berufsschulpakt</b> für Investitionen in Qualität Politische Bildung in die berufliche Ausbildung integrieren</p>	<p><b>Umlagen</b> zur solidarischen Finanzierung der Berufsausbildung</p> <p>Stärkung der <b>Tarifautonomie</b> und ergänzend zu den einzelnen Tarifverträgen eine <b>Mindestausbildungsgütung</b></p> <p><b>Berufsausbildungsbeihilfe</b> einfacher in Anspruch zu nehmen, Höhe an realen Lebenskosten orientieren Kostengünstiges</p> <p><b>Auszubildendenticket</b></p> <p><b>Einwanderungsgesetz schaffen</b> mit Einwanderungsquote mit Punktesystem, d.h. u.a. auch AsylbewerberInnen bei entsprechender Qualifikation eine Arbeiterlaubnis zu erteilen</p> <p>Bestehende <b>Berufsabschlüsse besser anerkennen</b></p>	<p>OECD Ländern gehört</p> <p><b>Berufliche Bildung:</b> Analogen Unterricht durch digitale Medien und Informatik ergänzen</p> <p><b>Exzellenzinitiative</b> berufliche Bildung</p> <p>Austauschprogramm für Auszubildende „<b>ERASMUS plus</b>“</p> <p><b>Elternunabhängige Ausbildungsförderung</b> (Schüler, Auszubildende, Studierende): Zuschuss i.H.v. 500 Euro sowie ein Darlehensangebot, Refinanzierung über die Verlagerung von Steuervergünstigungen der Eltern hin zu den Kindern</p> <p><b>Einwanderungsgesetz:</b> Einwanderungsgesetzbuch schaffen, Reform der Blue-Card, Punktesystem schaffen</p> <p>Beschleunigung der <b>Anerkennung</b> ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse:</p>	<p>Vorrang vor Zuwanderung hat <b>aktivierende Familienpolitik</b>.</p> <p>Jugendliche in Ausbildung sollen Ausgleich für <b>Zweitwohnungssteuer</b> bekommen</p> <p>Ziel der Beschulung schulpflichtiger Asylbewerber muss es sein, sie auf <b>Rückkehr in ihr Herkunftsland</b> vorzubereiten</p>








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
		<p><b>ausbildungsbegleitende Hilfen</b> stärken, Initiative zum Ausbau der <b>Teilzeitausbildung</b></p> <p><b>Berufsschulpakt</b> von Bund und Ländern zur Modernisierung und Qualität der Lehrenden</p> <p><b>BBiG</b> novellieren mit Schwerpunkt auf Verbesserung der Ausbildungsqualität</p> <p><b>Einwanderungsgesetz</b> schafft Transparenz und Verständlichkeit, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern darf</p> <p>Nachfrage nach Fachkräften orientiertes <b>Punktesystem</b> schaffen: berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprache, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigen, Einrichtung einer Quote, die sich an der Lage des dt. Arbeitsmarktes orientiert (Festlegung durch unabhängige Expertenkommission)</p> <p>Einführung <b>Arbeitslosengeld Q</b></p>				
<p><b>Forschung und Innovation fördern</b></p>	<p><b>Forschungspolitik:</b> Bis 2025 Ausgaben für F&amp;E auf insgesamt <b>3,5 Prozent</b> des BIP erhöhen</p> <p><b>Steuerliche Forschungsförderung</b> in Höhe von 2 Milliarden Euro ermöglichen</p> <p>Künstliche Intelligenz, Hoch-</p>	<p><b>Investitionsoffensive:</b> Zusätzliche Zukunftsinvestitionen aus Überschüssen im Bundeshaushalt bis 2021 finanzieren: Verlässliche Finanzierung in Höhe von <b>3,5 Prozent</b> des BIP bis 2025 aufwenden</p>	<p>Forschung orientiert sich zu sehr an Verwertungs- und <b>Konzerninteressen</b></p> <p><b>Innovations- und Technologieförderung</b> stärker auf Themen wie soziale Spaltung, Umwelt und Klima ausrichten</p>	<p>7 Prozent der Wirtschaftsleistung in die allgemeine Bildung und mindestens <b>3,5 Prozent</b> in Forschung und Entwicklung investieren</p> <p><b>Schwarze Null</b> trägt nicht zur Generationengerechtigkeit bei, es müssen neben der Begrenzung der Verschuldung auch</p>	<p>Freier Zugang zu öffentlich finanzierter Forschung (<b>Open Access</b>)</p> <p><b>Innovationsprinzip</b> einführen: Ermittlung welche Chancen verloren gehen, wenn man politische Maßnahmen unterlässt</p>	








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
	<p>und Höchstleistungsrechner, Quantentechnologie und Robotik als Schwerpunkte der Regierungsarbeit</p> <p>Zur „Digitalen Agenda“ eine „<b>Biotechnologie-Agenda</b>“ erarbeiten</p>	<p>Regionale <b>Innovationsagenturen</b> gründen</p> <p>„<b>Forschungsbonus</b>“ für KMU</p> <p><b>Mittelstands-Innovations-Check</b> für Gesetze einführen</p>	<p><b>Open-Access</b> bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen</p>	<p><b>Investitionen</b> getätigt werden. Mindestens <b>12 Mrd. Euro/Jahr zusätzlich investieren</b></p>		
<p><b>Digitale Netze ausbauen</b></p>	<p><b>Kabinettsausschuss „Digitalpolitik“</b> einrichten</p> <p>„<b>Nationalen Digitalrat</b>“ einberufen</p> <p>„<b>Digitalpakt</b>“: Anbindung aller Schulen und Hochschulen an das schnelle Internet, erforderliche Ausstattung, Schaffung neuer „Bildungs-Clouds“</p> <p><b>Breitbandausbau:</b> Flächendeckender Ausbau modernster Glasfasernetze bis 2015 realisieren Leitmarkt für 5G-Mobilfunk</p>	<p>Investitionen in schnelle <b>Glasfaserverbindungen</b></p> <p>Offenes freies <b>Internet</b> überall in Deutschland, <b>Breitband</b> für alle: Versorgung mit Datengeschwindigkeit von mind. 50 Megabit/sec bis 2018, bis 2025 mehr als 90 Prozent aller Gebäude daran anschließen, Investitionen dafür fördern</p>	<p>Jeder Haushalt soll Anrecht auf einen <b>Breitband</b>-Anschluss haben</p> <p>Ausbau der <b>Breitbandinfrastruktur</b> nur durch öffentliche Träger</p>	<p><b>Glasfaserausbau für alle:</b> eine öffentliche Netzgesellschaft soll den flächendeckenden Glasfaserausbau unterstützen, der Bund bringt mindestens den Verkaufserlös der Telekom-Aktien ein, Kommunen und weitere PartnerInnen sollen mitmachen können</p> <p><b>5G-Mobilfunknetz</b> aktiv unterstützen</p> <p>Vertraglich zugesicherte <b>Mindestbandbreiten</b> müssen Bußgeldbewährt und Schadensersatzzahlungen an KundInnen durchsetzbar werden</p>	<p>Einführung eines <b>Digitalministeriums</b></p> <p><b>Breitband/ Gigabit:</b> Bund soll direkte und indirekte Aktienbeteiligungen an <b>Deutsche Telekom AG</b> und <b>Deutsche Post AG</b> <b>vollständig verkaufen</b>, mit den Erlösen aus der Privatisierung Infrastruktur für die Gigabitgesellschaft/<b>Glasfasernetze</b> investieren</p> <p><b>Flächendeckende Glasfasernetze</b></p>	<p>Haushalte und KMUs innerhalb von zwei Jahren an <b>Breitbandnetze</b> anschließen</p>
<p><b>Verkehrsinfrastruktur modernisieren</b></p>	<p>Straßen, Autobahnen und Brücken sanieren, Erleichterungen bei Planung und Durchführung sowie beim Abrufen von Fördermitteln, Dauer von Planungsverfahren durch Entbürokratisierung verkürzen (<b>Planungsbeschleunigungsgesetz</b>),</p> <p>Bei Ersatzbauten die Verwaltungsgerichts-verfahren</p>	<p>Ausschließen einer <b>Privatisierung</b> der Straßeninfrastruktur und der Infrastrukturgesellschaft Verkehr, ÖPP im Straßenbau nur realisieren, wenn Wirtschaftlichkeit vom Bundesrechnungshof transparent nachgewiesen worden ist.</p>	<p><b>Zukunftsinvestitionen:</b> jährlich über 120 Milliarden Euro in öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren</p> <p><b>Daseinsvorsorge</b> in öffentlicher Hand, Stopp aller Privatisierungen und Public-Private-Partnerschaften, bis dahin Volksentscheide für Privatisierungsvorhaben</p>	<p><b>Erhalt vor Neubau</b>, Schiene vor Straße, mehr Geld für Radwege</p>	<p><b>Verkehrsinfrastruktur: Bundesinvestitionen</b> erhöhen, Unterfinanzierung beenden, sowohl für Bundesautobahnen und –fernstraßen als auch für den ÖPNV</p> <p>Bund soll in den nächsten 20 Jahren jeweils 2 Milliarden Euro in einen <b>Fonds</b> zur Sanierung der Verkehrsinfrastruktur einzahlen</p>	<p><b>Konjunkturprogramm Infrastruktur</b> auflegen</p>








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
	<p>auf eine Instanz beschränken, bei wichtigen Projekten einzelfallbezogene Planungs- und Genehmigungsverfahren verkürzen</p>		<p>Ablehnung des Bundesverkehrswegeplans 2030 in der jetzigen Form, <b>Verkehrswegeplan für sozial-ökologische Mobilitätswende</b> mit Ausbau ÖPNV und schienengebundenen Personen- und Güterverkehr sowie Rad- und Fußverkehr</p> <p>Keine Infrastruktur-GmbH,</p>		<p><b>Planungsprozesse</b> optimieren, mehr Transparenz beim Verbandsklagerecht</p>	
<p><b>Internationaler Handel</b></p>	<p><b>Handelspolitik:</b> Bekämpfung jeder Art von Protektionismus, für internationale Handelsabkommen und Zusammenarbeit</p>	<p>Faire internationale <b>Handelsabkommen</b> um Fluchtursachen zu bekämpfen            Deutschland hat Partner in der Handelspolitik, diese auch weiterhin nutzen – ILO, UNCDAT, UNIDO, WTO) und EU Unabhängiger internationaler Handelsgerichtshof            TTIP derzeit nicht erreichbar, CETA im Ratifizierungsverfahren sorgfältig prüfen;            Partnerschaftsabkommen mit Afrika, ggf. Schaffung einer Afrikanischen Freihandelszone</p>	<p><b>TTIP, CETA, TISA</b> durch gewerkschaftliche und soziale Bewegungen stoppen und grundlegende Neuausrichtung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen</p>	<p><b>Neustart für faire Handelspolitik:</b>            Absicherung von Umwelt-, VerbraucherInnen- und Datenschutz sowie Arbeitsnormen und Menschenrechten</p> <p>Vorsorgeprinzip verankern, öffentliche und soziale Dienstleistungen sowie Kultur ausnehmen</p> <p>Handelsgerichtshof und der Dach der UNO</p> <p><b>Lieferketten offenlegen:</b>            Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für Unternehmen im deutschen Recht gesetzlich verbindlich verankern</p> <p>Mehr Transparenz, wirksame Sanktionen und zivilrechtliche Klagemöglichkeiten für Betroffene</p>	<p><b>Handelspolitik:</b> Stärkung der multilateralen, rechtebasierten Handelsbeziehungen, WTO als zentralen Ort stärken; Freihandelsabkommen legen Standards fest</p>	<p>Ablehnung von <b>CETA, TTIP und TISA</b></p>
<p><b>Energiewende mit Vernunft und sozialer Balance</b></p>						








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
<p><b>Soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeitsstrategie</b></p>	<p>Stehen zum weltweiten <b>Klimaabkommen</b> von Paris von 2015</p> <p><b>Dekarbonisierung</b> bis zum Ende des Jahrhunderts gemäß G7-Beschluss von 2016</p> <p><b>Energiewende</b> marktwirtschaftlich organisieren, Ablehnung dirigistischer staatlicher Eingriffe beim Klimaschutzplan</p> <p>Marktwirtschaftliche Heranführung und Systemintegration der <b>erneuerbaren Stromerzeugung</b> konsequent fortsetzen.</p>	<p><b>Klimaziele von Paris</b> einhalten, Deutschland will bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 senken, bis 205 Treibhausgasneutralität erreichen</p> <p><b>Technologieneutralität und Innovationsoffenheit</b>,</p> <p>Nationales Klimaschutzgesetzes schaffen</p> <p>Energiesektoren stärker verbinden. <b>Sektorenkopplung</b> soll Wärme- und Verkehrssektor ebenfalls stärker in den Fokus nehmen, Energieeffizienz ausbauen.</p> <p><b>Europäischen Emissionshandel</b> weiterentwickeln – unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen im Klimaschutz berücksichtigen und „Carbon-Leakage“ verhindern.</p>	<p><b>Klimapolitik:</b> Weltweite <b>Erderwärmung</b> deutlich unter 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad, begrenzen</p> <p><b>Energiekonzerne</b> entmachten</p> <p>Ausstoß von <b>Treibhausgasen</b> in Deutschland bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringern, bis 2030 um 60 Prozent und 2050 um 95 Prozent</p> <p>Strukturelle Reform des <b>Erneuerbaren Energien-Gesetzes</b> (EEG) mit sozialen Komponenten, Ökostromanteil auf 43 Prozent bis 2020, 70 Prozent bis 2030 und 100 Prozent bis 2040 erhöhen</p> <p><b>Fracking</b> verbieten</p> <p><b>Nationaler Kohleausstieg</b> durch Gesetz: Beginn 2018, 2035 geht der letzte Kohlenmeiler vom Netz, Verbot für den Neubau und den Neuaufschluss oder Erweiterung des Braunkohletagebaus;</p> <p><b>Atomausstieg</b> im Grundgesetz festschreiben, im Betrieb befindliche Atomkraftwerke unverzüglich abschalten</p> <p><b>Keine Investition öffentlicher Gelder:</b></p>	<p>Ablehnung <b>Fracking</b></p> <p>Unterstützung <b>Mehrwegsysteme</b> und Entwicklung abbaubarer Kunststoffe, Internationale Plastikkonvention fördern</p> <p><b>Klimaschutzgesetz</b> einführen: nationale Reduktionsziele rechtsverbindlich festlegen und Ziele für alle relevanten Sektoren definieren</p> <p><b>Klimaverschmutzung</b> einen Preis geben: CO2-Zertifikate sind zu billig, Reform des EU-Emissionshandels, Verursacher müssen Kosten tragen, gesetzlichen CO2-Mindestpreis festlegen, Einnahmen generieren, die weitere Klimaschutzmaßnahmen finanzieren</p> <p><b>Kohleausstieg:</b> unverzügliche Abschaltung der 20 „dreckigsten“ Kohlekraftwerke und den CO2-Ausstoß der verbleibenden Kohlekraftwerke analog zu den Klimazielen deckeln,</p> <p><b>Kohleausstieg bis 2030</b>, Fahrplan festlegen, keine neuen Tagebaue zulassen</p> <p>100 Prozent Erneuerbare bei der Stromerzeugung bis 2030</p> <p>100 Prozent Erneuerbare bei Gebäuden, Mobilität und Prozesswärme in der Industrie, Sektorenkopplung</p>	<p><b>Energiepolitik:</b> Neustart der Energiewende</p> <p><b>Energiemix</b> und neue Technologien, auf fossile Energieträger nicht verzichten</p> <p><b>Offene Leistungsmärkte:</b> keine staatliche Intervention zur Bereitstellung ausreichender Kraftwerkskapazitäten, keine staatlich bestimmte Kapazitäts- und Klima-Reserve, Energieträger müssen Verantwortung übernehmen, Handelbarkeit der Versorgungsgarantien</p> <p><b>Windkraft:</b> gesetzliche Mindestanforderungen für die Errichtung ändern</p> <p><b>Klima:</b> Keine nationalen Alleingänge, Emissionshandel als globales Klimaschutzinstrument weiterentwickeln, auch in der EU</p> <p>Auf EU Ebene <b>keine technischen Auflagen</b> zur THG-Minderung und Verzicht auf Subventionen für Vermeidungstechnologien</p> <p><b>Stromsteuer</b> senken Wettbewerb neuer Technologien</p> <p><b>Weltweiter Preis für CO2</b> Emissionen</p> <p>Ablehnung spezifischer</p>	<p><b>CO2</b> ist kein Schadstoff</p> <p><b>Menschengemachte Klimaveränderungen</b> wissenschaftlich nicht gesichert.</p> <p><b>Dekarbonisierung beenden</b></p> <p><b>Klimaschutzplan aufheben</b></p> <p>Ausstieg aus dem <b>Pariser Klimaschutzabkommen</b></p> <p>Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten <b>Klimaschutzorganisationen austreten</b> und ihnen jede Unterstützung entziehen</p> <p><b>AKWs</b> bis zum Ende ihrer Nutzungsdauer laufen lassen</p> <p>Kein weiterer Ausbau der <b>Windenergie</b></p> <p>Windenergie ist energiepolitischer Irrweg</p>

# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
			<p>Pensionsrücklagen und Rentenkassen in Anlagen Unternehmen fossiler Energiebranchen zurückziehen</p> <p>Senkung der <b>Stromsteuer</b></p>	<p><b>Atom:</b> Europas Atomreaktoren nicht mehr mit Brennelementen versorgen</p> <p>Gesetzlicher <b>CO2-Mindestpreis</b> und ehrliche CO2 Bepreisung auch außerhalb des Emissionshandels. Aus den Einnahmen Abschaffung der Stromsteuer und Senkung der EEG-Umlage</p> <p>Anpassung der EU Klimaziele auf mindestens 95 % CO2 Reduktion</p>	<p>Emissionsziele für einzelne Wirtschaftssektoren</p>	
<p><b>Vorrang für Speicher und Netze</b></p>	<p><b>Netzausbau hat Priorität</b>, es dürfen keine Nachteile für Grundstückseigentümer, Investitionen und Arbeitsplätze entstehen</p> <p><b>Stromspeichertechnologien:</b> Forschung und Förderung fortsetzen</p> <p>Bundesweite Vereinheitlichung von <b>Netzentgelten</b> macht Arbeitsplätze in neuen Bundesländern attraktiver.</p>	<p><b>Speicher</b> durch technologieoffene gesetzliche Rahmenbedingungen und durch Forschung voranbringen</p>	<p><b>Strom- und Wärmenetze</b> in öffentliche Hand überführen und demokratisch kontrollieren</p> <p><b>Regionale</b> Verankerung der Energiewende: Energiegenossenschaften Bioenergiedörfer, usw. sollen Recht zum Kauf von Energie-Eigenversorgungsnetze erhalten; kommunale Stadtwerke in direkte demokratische Mitgestaltung der Bevölkerung bringen</p>	<p>400 Millionen Euro für 10.000 <b>Wärmespeicher</b> für Kommunen</p> <p>Reform des <b>Strommarktes</b> für Anreize Strom flexibel zu nutzen und zu speichern</p>	<p><b>Stromnetze:</b> Im Sinne des Verursacherprinzips mehr Verantwortung für Netzstabilität für alle Energieerzeuger, Netzfinanzierung reformieren</p>	
<p><b>Verkehrswende forcieren</b></p>	<p>Deutschland soll wieder Standort einer <b>Batteriezellproduktion</b> werden</p> <p>Ab 2020 bei Umweltbelastung in Städten wieder europäische Normen einhalten. Individueller Reduktionsplan für jede Stadt</p> <p>Keine Fahrverbote. <b>Diesel</b> bleibt wichtig</p>	<p><b>„Bündnis für bezahlbare und nachhaltige Mobilität“</b> gründen: verbindlichen Fahrplan erarbeiten, um Mobilität in Deutschland bis 2050 digital, schadstofffrei, barrierefrei und sicher zu gestalten</p> <p><b>Elektromobilität:</b> Förderung ambitionierter Grenzwerte auf europäischer Ebene, Ausbau</p>	<p>Keine staatliche Subvention für <b>Dieseltreibstoff</b>, Flugbenzin und „Biokraftstoff“, internationale Flugtickets nicht von der MwSt befreien</p> <p>Steuerliches <b>Dienstwagenprivileg</b> umgestalten</p> <p><b>Autoindustrie:</b></p>	<p>Ab <b>2030</b> nur noch abgasfreie Autos neu zulassen</p> <p>Manipulierte <b>Dieselaautos:</b> auf Kosten der Hersteller nachrüsten und Hersteller an Kosten von Folgeerkrankungen beteiligen</p> <p><b>Blaue Plakette</b> einführen (für Kommunen)</p> <p>Großteil der</p>	<p>Europäischen <b>Emissionshandel</b> auf Wohnen und <b>Verkehr</b> ausdehnen</p> <p>Keine staatliche Investitionslenkung zur Einführung von <b>Elektroautos</b></p> <p>Kein Verbot von <b>Verbrennungsmotoren</b></p>	<p><b>Elektromobilität</b> muss sich marktwirtschaftlich entwickeln</p> <p>Keine Bevorzugung oder Diskriminierung von bestimmten <b>Verkehrsmitteln</b>, z.B. Dieselfahrzeuge</p>








# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
	<p>Ausbau <b>Elektromobilität</b> in den Städten</p>	<p>Ladeinfrastruktur fördern, Forschung und Entwicklung von Brennstoffzellenantrieben</p> <p>Aufbau einer <b>Batteriezellenfertigung</b></p>	<p>Spritverbrauch und Abgaswerte nach Verursacherprinzip den Herstellern in Rechnung stellen</p> <p><b>CO2-Grenzwerte</b> ab 2025 unter 60 Gramm, ab 2030 Null-CO2-Emissions-PKWs; keine Kaufprämie für E-Autos, aber E-Mobilität im öffentlichen Verkehr fördern; Import von „Biokraftstoffen“ verbieten</p>	<p>Beförderungsleistung auf ÖPNV und das Rad verschieben</p>		
<p><b>Energetische Gebäudesanierung vorantreiben</b></p>	<p>Keine Maßnahmen, die Wohnraum zusätzlich verteuern</p> <p><b>Energetische Gebäudesanierung</b> steuerlich fördern</p>	<p><b>Mieterstrommodelle</b></p> <p>Unterstützung für energetische Sanierung</p>	<p>Engagement der öffentlichen Hand bei energetischen <b>Gebäudesanierung</b> damit Warmmieten nicht steigen</p> <p><b>Sanierungsrate</b> verdoppeln</p>	<p>Förderprogramm „<b>Faire Wärme</b>“ auflegen: energetische Sanierung mit 2 Mrd. Euro/Jahr unterstützen</p> <p><b>Klimawohngeld</b> für WohngeldempfängerInnen einführen</p> <p><b>Mieterstrommodelle</b></p>	<p>Europäischen <b>Emissionshandel auf Wohnen</b> und Verkehr ausdehnen</p>	<p><b>EEWärmeG</b> abschaffen</p>
<p><b>Energiewende über Steuern finanzieren</b></p>			<p><b>Industrierabatte</b> bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel und im EEG sollen entfallen</p> <p><b>Energiewendefonds</b>, um Zahlungsverpflichtungen der Stromkunden über die EEG-Umlage zeitlich zu strecken</p>	<p><b>Strompreiserabatte</b> für Industrie zurückführen</p>	<p>Erneuerbare in Zukunft nach den Regeln des Marktes, <b>subventionsfreie Geschäftsmodelle</b></p> <p>Keine politischen oder gesetzlichen Ausbauziele für die Energieträger und Technologie zur Energieversorgung, stattdessen soll Auswahlverfahren des Marktes Leitplanken der Investitionen in Netz und Kraftwerkskapazitäten setzen, <b>daher EEG mit Einspeisevorrang und – vergütung beenden</b> (bei</p>	<p><b>EEG</b> ersatzlos streichen</p>

# Synopse Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2017

Stand: 23.07.2017, IG BCE Vorstandsbüro Berlin

						
					Bestandsschutz für Förderzusagen)	
<b>Strukturwandel gestalten</b>	Der langfristige <b>Ausstieg aus der Braunkohle</b> muss parallel zu einer konkreten Strukturentwicklung verlaufen	<b>Strukturwandel in Kohlerevieren bewältigen:</b> Regionalwirtschaftliche Strukturen auf- und ausbauen, die an die industrielle Tradition dieser Regionen anknüpfen und gute, tarifvertraglich gesicherte Arbeit fördern	<b>Strukturwandelfonds</b> i.H.v. 250 Millionen Euro für die Absicherung der im Bergbau Arbeitenden und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze; Reform des Bundesberggesetzes	Strukturwandel in Regionen mit allen Beteiligten gestalten – ökologisch und sozial verträglich, Einrichtung eines <b>Fonds für Bergbaufolgeschäden</b>		